



Erfolgreiche Wissenschafts- und Bildungspolitik des Bundes fortsetzen

Erfolgreiche Wissenschafts- und Bildungspolitik des Bundes fortsetzen
Johanna Wanka hat Anteil an erfolgreicher Wissenschaftspolitik der Union in den Ländern
Heute wurde Johanna Wanka zur neuen Bundesministerin für Bildung und Forschung ernannt. Dazu erklären der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Kretschmer und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, Albert Rupprecht:
"Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesministerin Professor Johanna Wanka. Sie ist eine sehr erfahrene Wissenschaftspolitikerin, die maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Wissenschaftspolitik der Union in den Ländern hat. Daran wird sie nun als Bundesministerin nahtlos anknüpfen. Die kraftvolle Wissenschafts- und Bildungspolitik der Bundesregierung hat Deutschland in den vergangenen Jahren wieder ins Spitzenfeld der wettbewerbsfähigsten Nationen geführt. Diese Position an der Weltspitze gilt es zu halten und auszubauen. Die drängendsten Herausforderungen, auf die die Menschen künftig Antworten erwarten, liegen im Bereich Energie, Gesundheit und demografischer Wandel. Der Bund ist ein verlässlicher Partner in der Bund-Länder-Förderung und bekennt sich auch weiterhin dazu, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung seinen Beitrag zu den nationalen Aufgaben in der Forschungs- und Bildungspolitik zu leisten. Von den Bundesländern erwarten wir, dass auch sie ihre Verantwortung immer wieder neu mit Leben erfüllen.
Annette Schavan gilt unser Dank für sieben herausragende Jahre als Bundesministerin für Bildung und Forschung. Sie hat der deutschen Wissenschaft zu einer Blüte verholfen, die in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel ist und national wie international mit großem Respekt anerkannt wird. Erfolge wie das Wissenschaftsfreiheitsgesetz, der Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und der Aufwuchs des BMBF-Haushalts um über 80 Prozent seit 2005 bleiben untrennbar mit ihrem Namen verbunden."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=522625

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

[cducsu.de](http://www.cducsu.de)
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

[cducsu.de](http://www.cducsu.de)
fraktion@cducsu.de

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.